

Kommunale Bildungspolitik: Schulen stärken und die Übergänge in den Beruf als kommunale Aufgabe kooperativ gestalten!

Beschluss des Vorstands des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstags vom 16.1.2014

1. Schulen entsprechend der Anforderungen an ein leistungsfähiges Bildungssystem fortentwickeln

Wir brauchen eine zielgerichtete Erneuerung der Schulen, denn die Zukunft des Landes NRW ist von sehr gut qualifizierten jungen Generationen abhängig.

Das Handwerk fordert die deutliche Verbesserung der Qualifikationen der Schulabgänger/innen. Hierzu können die Kommunen einen entscheidenden Beitrag mit ihrer Zuständigkeit für die sogenannten äußeren Schulangelegenheiten leisten, natürlich auch mit einem zusätzlichen finanziellen Mitteleinsatz.

Den Kommunen kommt gerade im Bereich der Ausstattung der Kindertageseinrichtungen, Familienzentren und allgemeinbildenden Schulen eine entscheidende Rolle zu. Es muss gelingen, den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg am Ende der Schulzeit zu entkoppeln, Begabungen individuell zu fördern und alle Potentiale zu heben.

2. Bessere Übergänge schaffen

Im Übergang von der Kindertageseinrichtung in die Grundschule, von der Grundschule in die weiterführende Schule und von dort in die Sekundarstufe II bzw. in Ausbildung und Hochschule sind die Schnittstellen längst nicht optimal gestaltet. Hier sind die Kommunen als Träger dieser Einrichtungen besonders gefordert, sie auch über kommunale Grenzen hinweg richtig zu vernetzen und die Kinder und Jugendlichen im Sinne einer optimalen Förderung nicht nur an die nächste Einrichtung zu übergeben, sondern den Prozess intensiv zu begleiten. Aus einzelnen Projektförderungen müssen durchgängige Konzepte und systemische Umsetzungen werden.

3. Interdisziplinäre Teams an Schulen einsetzen

Die Lehrkraft von heute soll alle notwendigen Fähigkeiten von Lehrer, Erzieher, Psychologe, Sozial-

arbeiter und Lebensberater in sich vereinen. Dies ist genauso unwahrscheinlich wie unzumutbar. Auf Ebene der kommunalen Träger müssen Personalpools aus Schulpsychologen, Schulsozialarbeitern, Ernährungsberatern, Moto- und Logopäden sowie Fachkräften für „Deutsch als Fremdsprache“ etc. aufgebaut werden, auf die Lehrkräfte bei Bedarf zurückgreifen können. Nur interdisziplinäre Teams versprechen, die multidimensionalen Problemlagen an Schulen lösen zu können.

4. Schulen modernisieren und vernünftig ausstatten

Da in den meisten allgemeinbildenden Schulen der Alltag seit Jahrzehnten gleich aussieht, braucht sich keiner zu wundern, wenn Schule nicht optimal auf die Anforderungen der Zukunft vorbereitet. Völlig klar ist, dass die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien unsere Welt vernetzen und einen multikulturellen Kosmos schaffen. Damit lässt sich immer mehr Wissen abrufen, ohne dass die neuen Generationen mehr eigenes Wissen dazu erwerben müssen. Deshalb kommt es in der Schule auf das Erlernen neuer Kompetenzen an. Die Schüler müssen lernen, sich in einer immer komplexeren Welt zurechtzufinden. Das Erlernen der notwendigen Methoden und Kompetenzen ist nicht in einer Schule möglich, die im klassischen Stil „mit Tafel“ unterrichtet. Der Umgang mit dem Computer gehört wie das Lesen, Schreiben und Rechnen heute zu den selbstverständlichen Kulturtechniken, die in allen Fächern Auswirkungen haben. Um dies in Schule umzusetzen, fehlt es meist an der notwendigen Infrastruktur. Selbst wenn PCs einer Lerngruppe zur Verfügung stehen, scheitert es oft an deren Funktionsfähigkeit. Lehrkräfte sind grundsätzlich keine IT-Experten. Daher muss den Schulen auch der notwendige Support für EDV-Systeme vom Schulträger bereitgestellt werden.

5. Präsenzpflcht für Lehrkräfte an der Schule

Die Lehrkraft ist für „ihren“ Unterricht verantwortlich. Ein Unterrichtsraum ist eine in sich geschlossene

Einheit ohne „Qualitätskontrolle“, und die Teamarbeit im Lehrerkollegium ist meist ein Fremdwort. Dazu tragen die räumlichen Gegebenheiten in den Schulgebäuden maßgeblich bei. Wer kann schon im „Lehrerzimmer“ arbeiten? Welche Lehrkraft hat ihre Arbeitsmedien und -materialien in der Schule einsatzbereit? Möchte man eine Lehrkraft z. B. per E-Mail erreichen, so funktioniert das nur über die private E-Mail-Adresse. Natürlich hat jede Schule eine eigene E-Mail-Adresse. Dies heißt aber noch lange nicht, dass die Mail auch beim richtigen Adressaten in der Schule ankommt. Alle Lehrkräfte sollten ihre reguläre Arbeitszeit am Ort der Schule verbringen können. Dafür ist natürlich auch die Einrichtung von Büros in den Schulen unerlässlich. Dadurch ließe sich unser Schulsystem, die pädagogische Arbeit der Lehrkräfte und das soziale Miteinander in der Schule erheblich verbessern. Alle Maßnahmen, die diesen Weg einschreiten, würden auch im Sinne einer Ganztagschule neue Impulse für schulische Arbeit setzen und mit Sicherheit die Qualität der Arbeit steigern. Rückläufige Schülerzahlen in den kommenden Jahren können, gebäudetechnisch betrachtet, die Umsetzung dieser Maßnahmen erleichtern.

6. Angenehme Lernumgebung schaffen

Der umfassende Erziehungsauftrag der Schulen kann mit einer Ausgangssituation von beschmierten Wänden und demoliertem Mobiliar nicht ausgeführt werden. Wie soll Schülern vermittelt werden, die ihnen anvertrauten Gegenstände zu pflegen und das Eigentum anderer schätzen und respektieren zu lernen, wenn Generationen von Schülerpopulationen zuvor gleiche Gegenstände achtlos behandelt haben? Neuere pädagogische Konzepte können nur umgesetzt werden, wenn die entsprechenden Voraussetzungen flächendeckend geschaffen werden. Seit Jahren wird davon gesprochen, dass die Lehrkräfte eine neue Rolle im Unterricht spielen müssen. Sie sollen sich weg vom reinen Wissensvermittler hin zum Moderator von selbstständigen und gruppenorientierten Lernprozessen entwickeln. Insbesondere selbstgesteuertes Lernen vermittelt den Schülern die Kompetenzen, die unsere Gesellschaft braucht und kann optimal auf das Leben nach der Schule vorbereiten. Dafür ist eine bestimmte Infrastruktur notwendig. Eine Bibliothek an der Schule gehört ebenso

dazu wie die gleichzeitige Nutzbarkeit des Internets für alle Schüler, geeignete Räumlichkeiten für Gruppenarbeit und ein Umfeld, das Lern- und Lebenszeit in der Schule angenehm empfinden lässt.

Die meisten Schulen haben nicht die Möglichkeit, Methoden des Kompetenzerwerbs orientiert an der beruflichen Lebenswelt anzubieten. Dafür sind z. B. Werkstätten oder andere der Arbeitsrealität nachempfundene Arbeitsplätze notwendig. Hier sind die Kommunen nicht gefragt, in neue Investitionen einzusteigen, sondern Möglichkeiten zu schaffen, bestehende Kapazitäten in vorhandenen, z. B. wirtschaftseigenen Bildungseinrichtungen, zum Beispiel denen des Handwerks, zu nutzen.

7. Ganztagschulen nicht zu „Betreuungsanstalten“ verkommen lassen

Nicht Quantität, sondern Qualität zählt. Die Betreuung und Aufbewahrung nach dem Ende der „regulären Unterrichtsstunden“ ist kein sinnvolles Modell für die offene Ganztagschule (OGS). Bisläng wird zu häufig am Vormittag in 45-Minuten-Einheiten unterrichtet und nach einer Mittagspause mit Verpflegung eine Betreuung organisiert. Eingesetzt werden zum Teil unqualifizierte Kräfte, die sich mehr oder weniger gut darum kümmern, dass die Schüler keinen Unsinn veranstalten, eine Hausaufgabenaufsicht, aber nicht einmal eine Hausaufgabenbetreuung erhalten, und bis zum Ende des Tages „aufbewahrt“ werden, um den Eltern nicht zur Last zu fallen. Die Vernetzung von Schule und externen Trägern, die die OGS realisieren sollen, muss dringend weiter entwickelt werden.

8. Wettbewerbsverzerrungen auf dem Bildungsmarkt verhindern

Die Bildungsanbieter in unserem Land sind sehr heterogen. Sie haben die unterschiedlichsten Aufgaben zugewiesen bekommen, bewegen sich aufgrund ihrer Trägerschaft in einem klar abgegrenzten Bildungssegment oder haben sich auf bestimmte Nischen spezialisiert. Dabei kennen wir Bildungsmärkte, auf denen die Teilnehmer unmittelbar kein Entgelt zahlen müssen, wie in der allgemein bildenden Schule oder

im Berufskolleg und in Hochschulen. Ebenso kennen wir im Bereich der Weiterbildung subventionierte Angebote gegen Entgelt, z. B. der Volkshochschulen insbesondere im Bereich der allgemeinen Bildung sowie kostenpflichtige Angebote von Wirtschaftsunternehmen und anderen Trägern sowie Wirtschaftsunternehmen, die berufliche Bildungsmaßnahmen anbieten. Die Bildungseinrichtungen müssen für ihre jeweiligen Aufgaben gestärkt werden. Es gilt unbedingt zu vermeiden, dass sich gerade Bildungseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft, wie Berufskollegs oder Volkshochschulen, als subventionierte Einrichtungen in dem beruflichen Weiterbildungsmarkt ausbreiten. Seien die Gründe auch noch so nachvollziehbar, wie zusätzliche Einnahmen für Schulen, Förderung des lebenslangen Lernens, stellt dies einen unzulässigen staatlichen Eingriff dar, der den Wettbewerb verzerrt.

9. Koordinierung des Übergangs von der Schule in den Beruf als kommunale Aufgabe annehmen und kooperativ gestalten

Im Ausbildungskonsens NRW streben die Partner einen Systemwechsel im Bereich der Berufs- und Studienorientierung und des Übergangs von der Schule über Ausbildung oder Studium in den Beruf an. Mit dem Vorhaben „Kein Abschluss ohne Anschluss“ wird aus vielen bunten Blumen ein durchgängiges System, wenn alle relevanten Akteure mitziehen.

Es macht wenig Sinn, von Bundes- oder Landesebene die Entwicklung der Kinder im Land zu fördern, zu begleiten und auszuwerten. Dafür bedarf es des Engagements der Gebietskörperschaften und Kommunen. Da es eine Menge Kostenträger für unterschiedlichste Bildungsangebote, von der Kita bis in den Übergangsbereich zwischen Schule und Ausbildung gibt, ist eine koordinierende Funktion vor Ort unerlässlich. Das Handwerk erwartet von den Gebietskörperschaften und Kommunen, dass sie

- sich dieser Verantwortung bewusst sind und sich im Sinne eines Systemumbaus engagieren,
- im Rahmen der eigenen Zuständigkeit die Tätigkeiten der verschiedenen Ämter vernetzen und die Beratungs- und Serviceleistungen im Sinne der lokalen Wirtschaft und der Jugendlichen konzentriert,
- als Schulträger dazu beiträgt, die Berufsorientie-

rung der Gymnasien verstärkt auf Berufe des dualen Systems hin zu öffnen,

- als kommunale Koordinierung im neuen Übergangssystem die Handwerkskammern und das Handwerk vor Ort einbindet, maßgeblich dazu beiträgt, dass die Angebotsstrukturen zwischen

Schule und Beruf klarer und schlanker werden, die Attraktivität der beruflichen Ausbildung erhöhen,

- als Arbeitgeber ebenfalls notwendige Praktikplätze zur beruflichen Orientierung anbieten und auch selbst ausbilden.